

Antrag 117/I/2023**SPDqueer Berlin Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Keine Blockaden für progressive Politik im Bundesrat**

- 1 Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, dass das Land Berlin
 2 im Bundesrat bei Abstimmungen über folgende Gesetzes-
 3 beschlüsse des Bundestags mit Ja stimmen wird:
- 4 • die Einführung einer Kindergrundsicherung,
 - 5 • die Reformen des Aufenthalts- und des Staatsbür-
 6 gerschaftsrechts,
 - 7 • die Legalisierung von Cannabis,
 - 8 • die Wiederermöglichung der Ausübung des kom-
 9 munalen Vorkaufsrechtes im Baugesetzbuch,
 - 10 • die Verlängerung und Verschärfung der Mietpreis-
 11 bremsen im BGB,
 - 12 • die Einführung eines Selbstbestimmungsgesetzes,
 - 13 • die Absicherung von Regenbogenfamilien im
 14 Abstammungs- und Familienrecht,
 - 15 • die Aufhebung des Blutspendeverbots für queere
 16 Menschen,
 - 17 • die Ergänzung von Artikel 3 des Grundgesetzes um
 18 ein Verbot der Diskriminierung wegen der sexuellen
 19 Identität bzw. Orientierung,
 - 20 • die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs
 21 außerhalb des Strafgesetzbuchs,
 - 22 • die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei
 23 Bundestags- und Europawahlen.

Begründung

27 Üblicherweise enthalten Koalitionsverträge auf Länder-
 28 Ebene eine Vereinbarung, dass sich das Land im Bundesrat
 29 enthalten wird, wenn unter den Koalitionspartnern keine
 30 Einigung über das Abstimmungsverhalten erzielt werden
 31 kann. Da für Beschlüsse des Bundesrats jedoch stets ei-
 32 ne absolute Mehrheit erforderlich ist, wirken Enthaltun-
 33 gen effektiv als Nein-Stimmen. In Kombination wirkt die-
 34 se Staatspraxis als „Gift für Demokratie“ (vgl. Ulf Buer-
 35 meyer, „Ein Brauch, der der Demokratie sehr schadet“,
 36 bit.ly/3F106BP).

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, sich innerhalb der Koalition dafür einzusetzen, dass sich das Land Berlin im Bundesrat bei Abstimmungen über folgende Gesetzesbeschlüsse der Bundestags mit Ja stimmen wird.

- die Einführung einer Kindergrundsicherung,
- die Reformen des Aufenthalts- und des Staatsbür-
 gerschaftsrechts,
- die Legalisierung von Cannabis,
- die Wiederermöglichung der Ausübung des kom-
 munalen Vorkaufsrechtes im Baugesetzbuch,
- die Verlängerung und Verschärfung der Mietpreis-
 bremsen im BGB,
- die Einführung eines Selbstbestimmungsgesetzes,
- die Absicherung von Regenbogenfamilien im
 Abstammungs- und Familienrecht,
- die Ergänzung von Artikel 3 des Grundgesetzes um
 ein Verbot der Diskriminierung wegen der sexuellen
 Identität bzw. Orientierung,
- die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs
 außerhalb des Strafgesetzbuchs,
- die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei
 Bundestags- und Europawahlen.